

## RATSFRAKTIONEN



Alphabetisch aufgeführt

---

## PRESSEMITTEILUNG

### **Ratsfraktionen wollen Radverkehrskonzept für alle Gütersloher Stadtteile**

Die Fraktionen von CDU, GRÜNEN, SPD und BfGT im Gütersloher Stadtrat haben für die nächste Sitzung des Mobilitätsausschusses am 15. September einen Antrag gestellt, laut dem die Verwaltung ein Radverkehrskonzept für alle Gütersloher Stadtteile erarbeiten soll. Dabei soll die Vernetzung innerhalb der einzelnen Stadtteile sowie der umliegenden Stadtteile berücksichtigt werden. Der gemeinsame Antrag sieht weiter vor, dass dem Ausschuss im Herbst 2023 gemeinsam mit den Ergebnissen des Konzepts eine Priorisierung im Einklang mit dem „Masterplan klimafreundliche Mobilität“ vorgelegt wird. Dabei ist das Ziel, die daraus resultierenden Maßnahmen im Stadtteil Friedrichsdorf/Avenwedde Nord als Pilotprojekt für die anderen Stadtteile vorrangig umzusetzen. Bei der Erstellung des geforderten Radverkehrskonzepts soll insbesondere die Frage der Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer berücksichtigt werden.

Zur Begründung des Antrags heißt es, dass aktuell im „Masterplan klimafreundliche Mobilität“ hauptsächlich Verkehrsachsen für Radverkehr in Richtung Innenstadt eingeplant sind, nicht aber in den einzelnen Stadtteilen oder zwischen diesen. Das Angebot attraktiver Radwegeverbindungen auch in den Stadtteilen soll daher als Alternative zum Autoverkehr deutlich verbessert werden. Der Stadtteil Friedrichsdorf/Avenwedde Nord bietet sich aus Sicht der vier Ratsfraktionen wegen bestehender Defizite als Pilotprojekt an. So würden beispielsweise die Hauptverkehrsstraßen Brackweder Straße, Paderborner Straße, Avenwedder Straße und Windelsbleicher Straße den Radfahrenden wenig Platz bieten, um sich sicher in Friedrichsdorf zu bewegen. Daher sei es notwendig, dem Radverkehr einen sicheren Verkehrsraum einzurichten, damit er eine Schlüsselrolle bei der lokalen Verkehrsreduzierung einnehmen kann. Ebenso wichtig ist es laut Antrag, alle wichtigen Punkte wie Kitas, Schulen, Einzelhandel, Gewerbe und andere öffentliche Einrichtungen in den Ortsteilen zu vernetzen. Dabei müssten die neuen Radverkehrstrecken gleichberechtigt und in angemessenen Geschwindigkeitsverhältnissen zum Autoverkehr ausgestaltet werden.

Auch der Bereich der Verkehrssicherheit soll im Rahmen des Konzepts in den Blick genommen werden. Hier gelte es, sich der „Vision Zero“, das bedeutet keine Getöteten und Schwerverletzten im Straßenverkehr, anzunähern. Insbesondere sollten daher die Schülerradverkehrsströme betrachtet und Maßnahmen zur Unfallprävention, beispielsweise durch Schulungen zur Verkehrssicherheit oder die Untersuchung von Gefährdungspunkten, geprüft werden.